

Umdenken ist angebracht

- 17.03.2022
- shn.ch / Schaffhauser Nachrichten Online

Von einem Tag auf den anderen scheint Covid Geschichte zu sein. Ein anderes grosses Problem beschäftigt uns. Was niemand für möglich gehalten hat, ist eingetreten. Es gibt Krieg in Europa. Plötzlich wird klar, weshalb man eine eigene Armee hat und dass die Armee neben vielen anderen Aufträgen in erster Linie die Verteidigung unseres Landes zur Aufgabe hat.

Leider wurde in den letzten Jahren der Kernauftrag der Armee, der Schutz unserer Bevölkerung und unseres Territoriums, bei all den Budgetdiskussionen mit Kürzungen, neuen Aufträgen für die Armee ohne zusätzliche Finanzen und so weiter sträflich vernachlässigt. Plötzlich realisiert Europa, dass es die Sicherheitspolitik verschlafen hat, Deutschland mit dem SPD-Bundeskanzler Olaf Scholz spricht von einem Tag auf den anderen einmalige zusätzliche Ausgaben in der Höhe von 100 Milliarden Euro für die Armee. Finnland mit einer linken Ministerpräsidentin an der Spitze entscheidet sich innert zweier Monate für den Kauf von 64 F-35-Kampfflugzeugen. Und was macht die Schweiz? Wir stellen plötzlich fest, dass unsere Armee sehr viel leisten kann, bei der Durchhaltefähigkeit fehlt es uns an Substanz. Der Schutz der kritischen Infrastrukturen kann nicht mehr garantiert werden.

Der heutige Bestand von 100'000 Angehörigen der Armee (AdA) reicht nicht mehr aus, respektive die Zukunftsaussichten mit den überdurchschnittlichen Abgängen in den Zivildienst nach der RS führen dazu, dass wir in Bälde ein Bestandsproblem haben werden. Nun überlegt man sich, Frauen bei Bedarf anzubieten. Es ist selbstverständlich, dass Frauen in der Armee bei entsprechender Eignung die gleichen Funktionen wie Männer übernehmen und alle Grade erreichen können. Aber dass jetzt Frauen herhalten müssen, um die Lücke aufgrund der Abgänge der männlichen AdA in den Zivildienst – notabene taugliche Männer mit einem Gewissenskonflikt – zu füllen, ist nicht der richtige Weg. «Wer einen Gewissenskonflikt hat, soll dies auch entsprechend plausibilisieren können.

» Umdenken ist gefragt und zwar in der Politik respektive auf der linken Seite, die immer noch in ihren Parteiprogrammen die Abschaffung der Armee aufgeführt hat. Verzweifelt versuchen immer noch einzelne SP-Mitglieder, die Erneuerung der Luftwaffe zu bekämpfen respektive der Armee weniger Finanzen zuzusprechen. Umdenken ist gefragt, um die Armeebestände auch in Zukunft zu sichern. Deshalb ist dringend eine Revision des Zivildienstgesetzes respektive die Wiedereinführung einer Gewissensprüfung nach der Rekrutenschule angebracht. Denn wer einen Gewissenskonflikt hat, soll dies auch entsprechend plausibilisieren können und nicht einfach beim Zulassungsgesuch ein entsprechendes Kreuzchen setzen.

Es kann doch nicht sein, dass es heute schwieriger ist, ein Dienstverschiebungsgesuch zu machen, als in den Zivildienst zu wechseln. Leider wurde die vor rund zwei Jahren aufgenommene Revision kurzfristig im Parlament versenkt. Jährlich geben 6500 Männer als Grund, keinen Militärdienst leisten zu wollen, einen Gewissenskonflikt an. Das sind über dreimal mehr, als wir vor der Abschaffung der Gewissensprüfung hatten. Faktisch besteht somit eine Wahlfreiheit, ob man Militärdienst leisten will oder nicht, obschon unsere Verfassung etwas anderes sagt.

Übrigens muss jemand, der einen waffenlosen Dienst leisten muss, dies vor einer Kommission begründen. Umdenken ist aber auch gefragt bei der Finanzierung der Armee. Die Schweiz gibt aktuell 0,7 Prozent des BIP für die Armee aus. Europa hat festgestellt, dass eigentlich rund zwei Prozent für die Armee aufgewendet werden müssten. Deshalb ist die Forderung der SVP, zwei Milliarden mehr für die Armee aufzuwenden, der richtige Weg.